

Behzad Förstl

---

## **Resiliente Strukturen: Demokratiestärkung durch Engagementförderung**

### **Bürgerschaftliches Engagement stärkt Demokratie**

Bürgerschaftliches Engagement leistet einen wesentlichen Beitrag zum demokratischen Zusammenleben in Vielfalt. Als Folge zunehmender rechtspopulistischer und –extremistischer Tendenzen in der Gesellschaft sehen sich Engagierte und zivilgesellschaftliche Organisationen derweil vermehrt mit Anfeindungen konfrontiert, die sich nicht nur auf verbale Attacken beschränken. Um dem zu begegnen, bedarf die Zivilgesellschaft resilienter Strukturen. Ausgehend hiervon galt es in der Diskussionsrunde »Resiliente Strukturen: Demokratiestärkung durch Engagementförderung« im Rahmen der Tagung »Angriff von rechts: Wie wehrt sich demokratische Zivilgesellschaft« am 22. September 2021 zu diskutieren, vor welchen Herausforderungen zivilgesellschaftliche Organisationen stehen und welche Bedarfe sich jeweils ergeben, um dem »Angriff von rechts« zu begegnen. Auf dem Panel gaben Olaf Ebert, Stiftung Bürger für Bürger, Mamad Mohamad, Landesnetzwerk der Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt (LAMSA), sowie Konrad Hummel, ehemals Sozialministerium Baden-Württemberg, wichtige Impulse.

### **Zwischen Optimismus und Pessimismus**

Die Diskussionsrunde begann mit einer Bestandsaufnahme der ostdeutschen Engagementlandschaft durch Olaf Ebert. Diese sei lebendig und aktiv. Menschen in Ostdeutschland würden sich auf vielfältige Weise gegen Rechtsextremismus und –populismus und für Demokratie, Vielfalt und gesellschaftlichen Zusammenhalt einsetzen. Dieses Engagement stehe allerdings Anfeindungen unterschiedlichster Natur gegenüber, angefangen bei Störungen von Kundgebungen über verbale Drohungen und Angriffe bis hin zu Sachbeschädigungen und tätlichen Angriffen. Hinzu käme noch eine spezifisch politische Herausforderung, die es in der Stärke in den alten Bundesländern nicht gäbe: Der Einzug der AfD in die Landesparlamente mit zum Teil großen Fraktionen. Dies hätte Auswirkungen auf die Zivilgesellschaft ebenso wie auf Programme zur Stärkung gesellschaftlichen Zusammenhalts und der Demokratieförderung.

Vor diesem Hintergrund sah Konrad Hummel den entscheidenden Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland hinsichtlich eines »Angriffs von rechts« in erster Linie in der Dimension und im Ausmaß der Anfeindungen. Es sei tendenziell zu beobachten, dass Zivilgesellschaft und Engagierte in Ostdeutschland stärker und konkreter bedroht seien als in Westdeutschland. Auch im Westen wäre die demokratische Zivilgesellschaft Angriffen ausgesetzt, so Hummel.

Gewalttaten oder Verbrechen seien indes seltener wahrzunehmen, so zumindest sein Eindruck. Eines der Ursachen für den Rechtspopulismus und -extremismus im Westen sieht er in der Individualisierungskultur, die hier stärker ausgeprägt sei. Diese böte rechten Ideologien niedrigschwellige Möglichkeiten anzudocken und stelle die ursprünglich emanzipatorische Idee hinter der Individualisierung auf den Kopf, wie etwa im Falle der Querdenker. Grundsätzlich musste, so Konrad Hummel weiter, die Demokratie schon immer verteidigt werden. In der Vergangenheit hätte es immer wieder Bewegungen gegeben, die die demokratisch-freiheitliche Grundordnung bedroht hätten. Das werde sich in Zukunft nicht ändern. Optimistisch stimme ihn, dass sich diesen Bewegungen stets die demokratische Zivilgesellschaft entgegengestellt hätte. Das werde auch in Zukunft so sein.

Mamad Mohamad kann den Optimismus aus der Perspektive einer Migrantenorganisation in Ostdeutschland nicht teilen. Sowohl der Alltagsrassismus als auch struktureller Rassismus erschwere die Arbeit ungemein und hätte ganz konkrete Folgen für die Engagierten. So seien etwa in einigen Räumlichkeiten der LAMSA in Folge der Anschläge in Hanau und Halle stille Alarmer installiert worden. Auch könne nicht mehr eine Policy der ›offenen Tür‹ verfolgt werden. Das sei die Realität für Menschen mit Migrationsgeschichte, die sich engagieren. Die ganz elementaren Rahmenbedingungen für Engagement, wie etwa Sicherheit der Engagierten, wären mancherorts daher nicht mehr gegeben. Eher hätten die Engagierten Angst um Leib und Leben und würden teilweise ihr Engagement beenden. Erschwerend komme hinzu, dass die Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen im Osten sich zunehmend schwierig gestalte, da sich Ressentiments gegen Menschen mit Migrationsgeschichte auch in Politik und Verwaltung zunehmenden etablieren. Sicherlich seien durch den Kabinettsbeschluss zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus erste Schritte in die Wege geleitet worden, auch durch Druck von Migrantenorganisationen, aber hier müsse noch mehr getan werden.

Auf das unterschiedliche Verhältnis zwischen Staat und Zivilgesellschaft in Ost- und Westdeutschland verwiesen auch einige Teilnehmende. Im Osten sei, weil rechtspopulistische und –extremistische Akteure den Weg in die Politik und Verwaltung, aber auch etwa in Bildungseinrichtungen und die Polizei gefunden hätten, eine gewisse Duldsamkeit gegen Angriffe von rechts wahrzunehmen. Diese Duldsamkeit zeige sich beispielsweise in der Verweigerungshaltung, Angriffe von rechts als solche anzuerkennen. Der demokratischen Zivilgesellschaft werde hierdurch die Aufgabe zuteil, auch innerhalb staatlicher Strukturen Demokratie zu verteidigen. Diese Entwicklungen innerhalb des Staates seien einer der blinden Flecke der vielen Programme gegen Extremismus.

### **Säulendenken überwinden, Strukturen stärken**

In Anbetracht dieser Herausforderungen bedarf es, so Olaf Ebert, einer guten Zusammenarbeit zwischen Staat und Zivilgesellschaft, die nicht nur punktueller, sondern strategischer Natur ist. Ein Instrument hierfür seien Engagementstrategien, die es in immer mehr Bundesländern gebe und durch die Engagementförderung in den Fokus der Landespolitik rücke. Die gute

Zusammenarbeit beginne diesbezüglich bereits bei der Frage, ob ein breiter Beteiligungsprozess zur Erarbeitung der Strategie ermöglicht wird oder die Strategie lediglich ein Produkt der Politik ist. Ein breites Beteiligungsverfahren schaffe die Möglichkeiten des Austauschs und sei eine Anerkennung der Zivilgesellschaft als selbstbestimmter Akteur. Daneben sei das seit Jahren diskutierte Demokratiefördergesetz von hoher Bedeutung für eine resiliente Zivilgesellschaft, die dem Bund die Kompetenz gäbe, auch auf Länder- und kommunaler Ebene Strukturen der Zivilgesellschaft nachhaltig zu stärken. Ein weiterer wichtiger Punkt sei es, Demokratie und Bildung als Demokratiebildung zusammenzudenken. Das geschehe noch zu selten. Einerseits finde Engagement in formalen Bildungseinrichtungen und in der Ausbildung von Lehrer\*innen zu wenig Raum, andererseits würde die Zivilgesellschaft als lokaler Lernort noch zu wenig anerkannt.

Der Ruf nach einem Demokratiefördergesetz sei richtig und wichtig, so Konrad Hummel, gleichwohl sollte dieser nicht auf einen reinen Geldfluss vom Bund in die Länder reduziert werden. Es bedürfe vielmehr eines Gesetzes, das die Strukturen und die Vernetzung auf kommunaler Ebene ermöglicht, um Demokratiebildung zu ermöglichen. Das aktuelle Problem sei, dass zu sehr in Zuständigkeiten gedacht werde, die ein gutes Ineinandergreifen von etwa Engagement-, Bildungs- und Jugendpolitik auf kommunaler Ebene verhindere, zum Teil sogar die Kommunen ausspare. Ein mögliches Demokratiefördergesetz müsste folglich, mehr noch als es den Mittelfluss vom Bund in die Länder ermöglicht, tiefgreifende Reformen des Föderalismus umfassen, welche die Kommunen stärken und das Denken in Säulen überwinden. Solch ein Gesetz würde Möglichkeiten eröffnen, vor Ort Sozialräume und Quartiere zu schaffen, die integrativ wirken und dabei helfen, Resilienzen gegen rechte Ideologien aufzubauen.

### **Der Wunsch nach ›echter‹ Offenheit für Vielfalt**

Mit Blick auf die Zivilgesellschaft selbst wünschte sich Mamad Mohamad von Seiten nicht-migrantischer Organisationen der Zivilgesellschaft einer ›echten‹ Offenheit für Vielfalt. Es reiche nicht aus, die eigene Vielfalt durch Bilder, diverse Besetzung von Podien oder gendgerechter Sprache in die Öffentlichkeit zu tragen. Vielmehr müssten sich die Strukturen innerhalb der Organisationen für echte Teilhabe unterschiedlicher Menschen öffnen. Das stelle auch heute noch viele Organisationen vor eine Herausforderung. Ebenso von Bedeutung sei es, Partnerschaften auf Augenhöhe einzugehen und dort, wo Themen verhandelt werden, die dezidiert Menschen mit Migrationsgeschichte betreffen, stets Migrantenorganisationen einzubinden. Hier gelte die Position, die die Community der Menschen mit Behinderung vertrete: »Nichts über uns, ohne uns!« Von Seiten der Politik bedürfe es der nachhaltigen Stärkungen zivilgesellschaftlicher Strukturen. Die jährliche Projektförderung stelle insbesondere Migrantenorganisationen vor großen Herausforderungen und verhindere den Aufbau resilienter Strukturen. Diesbezüglich sei auf Bundesebene mit der Strukturförderung von Migrantenorganisationen durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) auf Bundesebene ein guter Weg eingeschlagen worden, der auch auf Länderebene nachgeahmt werden sollte.

Nur durch den Aufbau von Strukturen könne eine professionelle und gute Begleitung von Engagierten gewährleistet werden kann.

Abschließend wurde von den Teilnehmenden noch einmal hervorgehoben, dass Engagement in allen gesellschaftlichen Bereichen und damit auch Politikfeldern mitgedacht werden müsse. Es gebe kaum einen Bereich, der keinen Raum für Engagement biete. In manchen Bereichen würden die Leistungen der Zivilgesellschaft von der Politik zu wenig wahrgenommen, anerkannt und die Zivilgesellschaft auch zu wenig einbezogen. Hier gelte es von Seiten der Zivilgesellschaft, selbstbewusster aufzutreten und den eigenen Beitrag für ein demokratisches Zusammenleben in Vielfalt aufzuzeigen. Starke Allianzen und echte Partnerschaften innerhalb der Zivilgesellschaft seien indes die Voraussetzung dafür. Auch diese können die Resilienz der Zivilgesellschaft gegen Angriffe von rechts stärken.

### **Autor**

*Dr. Behzad Förstl ist seit Anfang 2017 im Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE), war zunächst Projektreferent für das Projekt »Pat\*innen, Mentor\*innen und Lots\*innen« und ist seit April 2018 als Referent der Netzwerkbetreuung und -entwicklung tätig.*

**Kontakt:** [behzad-foerstl@b-b-e.de](mailto:behzad-foerstl@b-b-e.de)

### **Redaktion**

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel: +49 30 62980-115

[newsletter@b-b-e.de](mailto:newsletter@b-b-e.de)

[www.b-b-e.de](http://www.b-b-e.de)